

## Freier Fußball

Im Mai 1945 wurde gekickt – befreite Zwangsarbeiter waren dabei. **Seite 3**

Fotos: imago/Leber, dpa/Bernd Wüstneck

## Stress im Asylheim

Zwischen Securitys und Flüchtlingen gibt es in Berlin öfter Konflikte. **Seite 9**

## Latchinian kämpft

Rostocks Volkstheater-Intendant trotz der Sparpolitik. **Seite 13**

# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG



Mittwoch, 20. Mai 2015

70. Jahrgang/Nr. 115

Bundesausgabe 1,80 €

www.neues-deutschland.de

## STANDPUNKT

### Gerupfte Hühner

René Heilig über die Chancen internationaler Aufklärung wider NSA und BND

Innenminister Thomas de Maizière hat die »digitale Sorglosigkeit« bei der Nutzung des Internets beklagt. Trotz aller Ausspähskandale agierten viele Bürger noch immer zu leichtfertig im Netz, beklagte sich der CDU-Mann beim 14. IT-Sicherheitskongress in Bonn. Frech kommt weiter, oder?! Schließlich war er als Kanzleramtsminister fürs EU-weite Spionieren der NSA-BND-Gang verantwortlich und treibt nun die Vorratsdatenspeicherung voran.

Doch all jene, die schon so lange »Big Brother« spielen, all jene, die seit Snowdens ersten Enthüllungen vor zwei Jahren Parlamentarier und Medien bei Nachforschungen behindern und dem Volke weiter die Hucke voll lügen über ihr unermüdliches Wirken für unsere Sicherheit, können mit verstärktem Gegenwind rechnen. Peter Pilz, Grünen-Nationalrat in Wien, und andere um Aufklärung Bemühte wollen die bislang zumeist national geführten Recherchen gegen Geheimdienst- und Regierungswillkür über Ländergrenzen hinaus koordinieren. Da gibt es viele betrogene Partner, die mit dem übermächtigen Deutschland noch ein Hühnchen zu rupfen haben. So könnte der Bundesadler bald einem Suppenhuhn gleich. Federn lassen muss wohl auch der US-Adler. Beispielsweise am kommenden Donnerstag. Da will Pilz erklären, wie dreist und planmäßig sich NSA und CIA noch auf Weisung der US-Außenministerin Hillary Clinton – heute Präsidentschaftskandidatin – an Wiener UN-Organisationen heranmachen. Unter anderem, um neue Selektoren für den BND zu beschaffen.

## UNTEN LINKS

Das gute alte **Händeschütteln** ist nicht totzukriegen, obgleich es genau genommen feucht, ekelig und übergriffig im wahrsten Wortsinne ist. Wer wem wann und wie lange die Pfoten quetscht, ob sie geschüttelt, gerührt oder nur gedrückt werden, diskutieren Höflichkeitsapologeten seit Ewigkeiten. Sogar die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, die mit Knigge nicht viel am Strohhut hatte, benutzte ineinander verschränkte Finger als Symbol. Nicht einmal dieser historische Irrweg der Extremitäten verhinderte, dass sich Politiker bis heute ausdauernd die Hände schütteln. Und dabei Viren und Bakterien ihre fröhliche Verbreitung ermöglichen. Dass es auch ohne altmodische Grapscherei geht, zeigt ein Trend aus USA. Er heißt »Fist Bump«, so viel wie »Anfausten«. Dabei werden nur die Fäuste leicht aneinander gehalten. Sieht lustig aus, wenn es Barack Obama macht. Bei Sultan Qabus ibn Said aus Oman oder Gerda Hasselfeldt von der CSU müsste man sich erst daran gewöhnen. *ott*



Grafik: nd

Berlin. Peter Pilz, Nationalrat aus Wien, und Christian Kmiotek, Co-Präsident der Grünen in Luxemburg, waren am Dienstag in Berlin, um schwerwiegende Vorwürfe gegen den deutschen Auslandsgeheimdienst zu erheben. Der BND habe im Auftrag der US-amerikanischen NSA und unterstützt von der deutschen Telekom AG gegen 25 EU-Nachbarn, die Schweiz, die Türkei und weitere Länder spioniert. Mindestens zwischen 2005 und 2008 wurden am Telekom-Knoten Frankfurt am Main unter anderem die Datenleitungen Amsterdam-Salzburg, Amsterdam-Linz, Jakarta-Wien, Manila-Wien, Sydney-Wien, Tokio-Wien, Stock-

holm-Wien, Dublin-Wien, Moskau-Wien und Rotterdam-Wien dupliziert. Doch auf der Prioritätenliste der NSA, die Pilz mitgebracht hat, standen fast 300 Leitungen, die vermutlich komplett »abgegriffen« worden sind.

Berliner »Sicherheitskreise« behaupten, die Vorwürfe ließen sich aus veröffentlichten Dokumententeilen nicht ableiten. Eine womöglich kurzsichtige Verteidigungsstrategie, denn in den kommenden Wochen, so Pilz gegenüber »nd«, werde er mit Parlamentarierkollegen in betroffenen Ländern beraten, wie man dem Netz der gemeinsamen Spionage ein gemeinsames Netz der Aufklärung entgegensetzen kann.

Unterdessen geht in Berlin der Streit über die Herausgabe der von der NSA an den BND übergebenen Selektorenliste weiter. Es soll sich um acht bis neun Millionen Suchkriterien handeln. Während Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und ihr Vize Sigmar Gabriel (SPD) angeblich nur einem Ermittlungsbeauftragten des Bundestages im Kanzleramt Einblick gewähren wollen, verlangt Martina Renner, Obfrau der LINKEN, dass die Regierung die Rechte des BND-NSA-Untersuchungsausschusses nicht weiter aushebelt. Das Gremium wird in dieser Woche vermutlich zu einer regulären und zwei Sondersitzungen zusammentreten. *hei Seite 6*

## Die Züge stehen noch länger still

GDL startete ihren neunten Streik in laufender Tarifrunde mit der Deutschen Bahn

**Die Gespräche scheiterten am Wochenende erneut, am Dienstag begann der nächste Streik bei der Deutschen Bahn. Er könnte zehn Tage dauern.**

Von Jörg Meyer

Nachdem am Wochenende die Tarifgespräche zwischen der Lokführergewerkschaft GDL und der Deutschen Bahn erneut gescheitert waren, reagierte die Gewerkschaft schnell. Am Montag die Ankündigung, am Dienstag begann der neue Streik bei der Deutschen Bahn.

Wie beim letzten Ausstand standen ab Dienstag zunächst die Züge im Güterverkehr, in der Nacht zu Mittwoch sollten auch die Beschäftigten im Personenverkehr die Arbeit niederlegen. Dem Vernehmen nach könnte der Streik, zu dem die GDL erstmals ohne angekündigtes Ende aufgerufen hatte, bis zu zehn Tage dauern. Es handele sich aber nicht um einen

unbefristeten Streik, betonte GDL-Chef Claus Weselsky am Dienstag.

Der Konflikt dreht sich neben Forderungen nach einer Arbeitszeitverkürzung und Entgelterhöhungen darum, dass die GDL Tarifverträge nicht nur für die Lokführer abschließen will, was die Bahn aber anscheinend um jeden Preis vermeiden will. Bahn und Gewerkschaft machen die jeweils andere Seite für die erneute Eskalation im Tarifkonflikt verantwortlich. Die Bahn warf der GDL nach Gewerkschaftsangaben vor, nicht an »freien Verhandlungen« interessiert zu sein. Man wolle nur noch in einer Schlichtung an den Tisch zurückkehren. Die GDL kritisiert ihrerseits, die Bahn wolle nicht die grundgesetzlich garantierten Rechte der Gewerkschaft anerkennen, für alle Berufsgruppen bei der Bahn Tarifverträge aushandeln und abschließen zu dürfen. Kein Ende in Sicht.

Die Bahn schaltete unterdessen wieder auf Notfahrplan um.

Beim letzten Streik vor einhalb Wochen war ein großer Teil der Regional- und Fernverkehrszüge sowie der S-Bahnen in Großstädten ausgefallen.

*Die Lokführer erfahren nicht die Solidarität wie die Beschäftigten in den Sozial- und Erziehungsdiensten.*

Der neue Ausstand sorgte unterdessen wieder für harsche Kritik aus der Politik und in der veröffentlichten Meinung. So forderte CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer ein Gesetz zur Zwangsschlichtung. »In besonders sensiblen Bereichen der Daseinsvorsorge und der Infrastruktur muss es in Zukunft ein verpflichtendes Schlichtungsver-

fahren geben«, erklärte er in München. Der Chef der Verbraucherzentrale sagte dem Tagespiegel, die GDL zwingt die Politik geradezu, eine »verpflichtende Schlichtung vorzuschreiben«. In der gleichen Zeitung erneuerte DGB-Chef Reiner Hoffmann seine Kritik an Weselsky und warf diesem vor, anscheinend keinen Kompromiss zu wollen.

Die Streiks der GDL erfahren nicht die Solidarität wie die Streiks der Beschäftigten in den Sozial- und Erziehungsdiensten und besonders den Kitas, die sich mittlerweile übers ganze Land ausgebreitet haben. In mehreren Städten fanden sich Streikende erneut zu Kundgebungen zusammen. Nach Gewerkschaftsangaben beteiligten sich rund 150 000 von insgesamt 240 000 der in der Branche Beschäftigten am Arbeitskampf. Es geht um eine Aufwertung der sozialen Berufe und eine Entgelterhöhung von zehn Prozent. *Mit Agenturen Seite 16*

## Unsichere Jobs nehmen global zu

Weltarbeitsorganisation ILO warnt vor wachsender Ungleichheit

Genf. Nur ein Viertel der Arbeitskräfte weltweit hat einen sicheren bezahlten Job. Das geht aus dem Jahresbericht der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) hervor, der am Dienstag veröffentlicht wurde. Drei Viertel der Arbeitskräfte in den untersuchten 180 Ländern hätten hingegen nur befristete oder Zeitverträge, informelle Jobs ohne Vertrag oder gingen einer unbezahlten Beschäftigung in ihren Familien nach.

»Diese neuen Tendenzen reflektieren die Unsicherheit, die die Arbeiter in der Welt heute trifft«, kritisierte ILO-Generaldirektor Guy Ryder. Von den Menschen, die für ihre Arbeit bezahlt würden, hätten nur 42 Prozent einen unbefristeten Vertrag. Laut ILO sind im Laufe der vergangenen zehn Jahre die Lohnunterschiede zwischen ständigen und temporär Beschäftigten stark gestiegen.

Die Zunahme unsicherer Arbeitsverhältnisse gehe vielfach mit einer »Zunahme von Ungleichheiten und Armut« einher, sagte ILO-Chef Ryder. Seine Organisation forderte die Regierungen in aller Welt auf, Arbeitskräfte besser gegen Willkür und ungerechte Behandlung zu schützen. Dies gelte auch für Europa, wo der Schutz der Arbeitnehmer seit der Finanzkrise grundsätzlich zurückgefahren worden sei. Die Krise habe zu einem starken Anstieg der Teilzeitarbeit geführt, insbesondere bei Frauen. Gleichzeitig stieg die Zahl der Arbeitslosen weltweit im Jahr 2014 auf 201 Millionen Menschen an – das waren 30 Millionen mehr als vor der Finanzkrise von 2008. *AFP/nd Kommentar Seite 4*

## Flüchtlingstragödie in Westirak

25 000 Menschen verließen Ramadi aus Angst vor Dschihadistenmilizen

Bagdad. Der weitere Vormarsch der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) im Westen Iraks hat eine neue Flüchtlingstragödie ausgelöst. Nach der Einnahme der Provinzhauptstadt Ramadi durch die Extremisten flohen nach UN-Angaben knapp 25 000 Menschen aus der Region. Die meisten von ihnen versuchten, in die Hauptstadt Bagdad zu gelangen, teilte die Regionalstelle des UN-Nothilfebüros in Irak mit. Die Bagdader Regierung beschloss am Dienstag zugleich nach eigenen Angaben, neue Kräfte für die Rückeroberung Ramadis zu rekrutieren.

»Derzeit ist nichts wichtiger, als den Flüchtlingen aus Ramadi zu helfen«, sagte UN-Hilfskoordinatorin Lise Grande. »Sie sind in großen Schwierigkeiten, und wir müssen alles Mögliche tun, um ihnen zu helfen.« Tausende Menschen müssten unter freiem Himmel übernachten. »Wir könnten mehr tun, wenn die Finanzierung gesichert wäre«, erklärte Grande. Wie das UN-Büro mitteilte, sollten in einem ersten Schritt Tausende Notrationen mit Trinkwasser und Hygieneartikeln zu den Flüchtlingen gebracht werden.

IS-Kämpfer hatten das etwa 100 Kilometer westlich von Bagdad gelegene Ramadi am Wochenende eingenommen. Damit beherrschten die Dschihadisten die Provinz fast vollständig. *dpa/nd*

### Lesen Sie heute im Ratgeber

**Unbefristeter Kitastreik: Fragen & Antworten zu Rechten und Pflichten berufstätiger Eltern**

**Welche Folgen für die Rente hat ein Altersruhesitz im Ausland?**

**Was man beim Kauf vermieteter Immobilien wissen sollte**

ISSN 0323-3375

